

November 2024

UNITED INTERNET ALS MOTOR FÜR DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Digitale Infrastruktur | Cloud Computing | Datenpolitik | Schlüsseltechnologien

Digitale Souveränität ist eine entscheidende Voraussetzung, um im digitalen Zeitalter den wirtschaftlichen Wohlstand, die nationale Sicherheit sowie den Schutz von Grundrechten zu gewährleisten. Die Stärkung der digitalen Souveränität muss besonders aufgrund aktueller geopolitischer Herausforderungen weit oben auf der politischen Agenda stehen und mit Hochdruck vorangetrieben werden. Als führender Anbieter von Internetdienstleistungen in Deutschland trägt United Internet maßgeblich zur digitalen Souveränität des Landes bei und ist ein unverzichtbarer Partner auf dem Weg zu einem starken und digitalen Deutschland.

- Durch den Einsatz der innovativen Open-RAN-Technologie im 1&1-Mobilfunknetz setzen wir neue Maßstäbe im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur und machen uns in diesem sensiblen Bereich unabhängig von dominierenden einzelnen Netzausrüstern. Im Festnetz stellt 1&1 Versatel eines der leistungsfähigsten und modernsten Glasfasernetze Deutschlands bereit. Mit den Marken WEB.DE und GMX steht United Internet für sichere Kommunikation und verantwortungsvollen Datenschutz „Made in Germany“. Die innovativen und vertrauenswürdigen Cloud-Lösungen von IONOS erfüllen zudem höchste Sicherheits- und Souveränitätsanforderungen.

- Diese Verpflichtung zu hohen Sicherheitsstandards macht United Internet zu einem vertrauenswürdigen Partner für Privatkunden, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung. United Internet steht im Zentrum der Bemühungen, die digitale Souveränität Deutschlands zu stärken. Durch den Aufbau unabhängiger Infrastrukturen, den Schutz von Daten und die Förderung von Innovationen trägt das Unternehmen dazu bei, Deutschland für die digitale Zukunft zu rüsten.

Für die Bundestagswahl 2025 ist es unerlässlich, die Bedeutung der digitalen Souveränität anzuerkennen und Unternehmen zu unterstützen, die diese Vision aktiv vorantreiben. Ein starkes, unabhängiges und sicheres digitales Deutschland ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft.

Deutschland zu einem führenden und souveränen Digitalstandort entwickeln

Handlungsempfehlungen zur Bundestagswahl 2025

Hiesige Unternehmen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der digitalen Souveränität, sind dabei jedoch auf innovationsfreundliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen. Erforderlich sind daher die richtigen politischen Weichenstellungen, um die technologische Unabhängigkeit Deutschlands zu stärken, innovative digitale Lösungen „Made in Germany“ zu fördern und den Schutz der Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten. Aus Sicht von United Internet bedarf es dafür umfassender Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern, die wir im vorliegenden Papier zur Bundestagswahl 2025 kompakt zusammengefasst haben.

DIGITALE INFRASTRUKTUR

- **Open-RAN-Netzarchitektur fördern**

Grundlage zur Reduzierung von Abhängigkeiten bei Mobilfunknetzen sind herstellerunabhängige Antennennetze (Open RAN) und modulare, softwarebasierte und auf Standardschnittstellen ausgerichtete Netzarchitekturen. Zur Förderung eines Innovationsökosystems sollten die politischen Weichen gestellt werden, um Innovationen in den zu Grunde liegenden Technologien und standardisierten Architekturprinzipien weiter konsequent und ambitioniert zu fördern.

- **Infrastrukturausbau beschleunigen**

Langwierige Genehmigungsprozesse verzögern maßgeblich den zügigen Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur in Deutschland. Um die Potenziale zur Beschleunigung des Ausbaus gezielt zu nutzen, sollte der Bund auf eine einheitliche Erweiterung der Genehmigungsfreiheit (z.B. über die Musterbauordnung) hinwirken. Zudem sollte auf eine konsequente Umsetzung der im November 2023 im Rahmen des Paktes zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen hingewirkt werden.

- **Förderung des gemeinsamen Ausbaus**

Nicht überall sind parallele Infrastrukturen wirtschaftlich zu betreiben oder ökologisch nachhaltig zu realisieren. Daher sollte ein kooperativer Bau neuer Infrastrukturen sowie eine gemeinsame Nutzung bereits bestehender Infrastrukturen gefördert werden, wo immer dies wirtschaftlich und technisch möglich ist. Durch Nutzung vorhandener Infrastrukturen, wie Leerrohre und unbeleuchtete Glasfasern zu marktgerechten Preisen, können großflächiger Wettbewerb und Innovation zudem bestmöglich gewährleistet werden.

- **Wettbewerb sicherstellen**

Die kontinuierliche Förderung des Wettbewerbs im Telekommunikationsmarkt muss in der kommenden Legislaturperiode primäre Aufgabe sein. Die Förderung wettbewerbsfähiger Märkte, kombiniert mit wirksamen Ex-ante-Regulierungsmaßnahmen, war und ist die treibende Kraft für Investitionen, Innovation und Verbrauchervorteile im Telekommunikationsmarkt. Wettbewerb fördert Innovation sichert die Chancengleichheit für Unternehmen, verhindert monopolistische Strukturen und stärkt die digitale Souveränität. Der Ausbau von 5G/6G-Netzen und digitaler Infrastruktur muss unter fairen Rahmenbedingungen erfolgen, bei denen auch kleinere Anbieter wettbewerbsfähig bleiben. Die Politik muss Open Access auf allen Wertschöpfungsstufen aktiv einfordern. United Internet ist mit 1&1 angetreten, den Wettbewerb im deutschen Mobilfunkmarkt zu beleben. Im Sommer 2019 erwarb das Unternehmen im Rahmen einer Auktion Frequenzen, um ein modernes 5G-Mobilfunknetz aufzubauen. Für Deutschland hat der Erwerb des 5G-Spektrums durch 1&1 den Weg geebnet, wieder über ein viertes Mobilfunknetz zu verfügen, was dem Status in anderen G7-Nationen und großen EU-Ländern entspricht.

CLOUD COMPUTING

- **Stärkere Nutzung des Nachfragepotenzials des öffentlichen Sektors**

Öffentliche Auftraggeber müssen stärker als Abnehmer souveräner Cloud-Lösungen auftreten, damit diese schneller skalieren und langfristig am Markt bestehen können. Um Investitionssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten, muss die öffentliche Verwaltung ihre Anforderungen an Cloud-Provider frühzeitig festlegen. Zudem sollten Souveränitätskriterien in die Anforderungskataloge öffentlicher Bedarfsträger mit aufgenommen werden, um sensible Daten angemessen vor Drittstaatenzugriffen zu schützen und die digitale Souveränität im Cloud-Bereich nachhaltig zu stärken.

- **Förderung von Leuchtturmprojekten und Cloud-Technologien**

Mit dem Important Project of Common European Interest für den Bereich „Next Generation Cloud Infrastructure and Services“ (IPCEI CIS) sowie verschiedenen Förderprojekten zum Aufbau sektorspezifischer Datenräume wurden von der Bundesregierung sowie weiteren EU-Mitgliedsstaaten wichtige Initiativen ins Leben gerufen, die in den kommenden Jahren weiterentwickelt und kontinuierlich mit angemessenen Haushaltsmitteln ausgestattet werden sollten. Zudem gilt es, die Förderung souveräner nationaler KI-Lösungen auszuweiten. Entsprechende Leuchtturmprojekte und Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag, um die Technologiekompetenz Europas zu stärken und die Mehrwerte europäischer Alternativen zu den Angeboten der US-amerikanischer Hyperscaler aufzuzeigen.

- **Europäische Initiativen stärken**

Um im Wettbewerb mit anderen führenden Innovationsräumen mithalten zu können, kommt es entscheidend darauf an, in Europa vorhandene Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln. Die Bundesregierung sollte europäische Maßnahmen zur Stärkung europäischer Cloud-Provider auch zukünftig aktiv unterstützen und darauf hinwirken, dass gemeinsame europäische Initiativen weiter gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung sind dabei u.a. Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Souveränität Europas, beispielsweise durch die Aufnahme von Souveränitätskriterien in das EU Cloud Scheme (EUCS). Die Politik ist gefordert, den Cloud-Standort Europa zu stärken und die Entwicklung souveräner Angebote zu fördern. Um ein Höchstmaß an digitaler Souveränität zu erreichen, sollten europäische Cloud-Anbieter in Multi-Cloud-Strategien eine Schlüsselrolle spielen. Zur Gewährleistung der Interoperabilität müssen gemeinsam einheitliche Standards entwickelt und umgesetzt werden.

- **Wettbewerbsfähigkeit von Rechenzentren stärken:**

Rechenzentrumsbetreiber in Deutschland sind auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu zählen insbesondere wettbewerbsfähige Energiekosten sowie schnelle und unbürokratische Planungs- und Genehmigungsprozesse. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn bereits heute findet eine Verlagerung von Rechenzentren-Kapazitäten und -Arbeitsplätzen ins Ausland statt. Bei der Konzeption energiepolitischer Maßnahmen sollten daher immer auch die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Digitalwirtschaft mitberücksichtigt werden.

DATENPOLITIK

- **Prinzip des ermöglichenden Datenschutzes umsetzen**

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird den Anforderungen der modernen Datenökonomie nicht gerecht. Ein auf europäischen Werten basierendes Datenökosystem kann in Deutschland und Europa nur entstehen, wenn Unternehmen sich nicht länger nur der Datensparsamkeit, sondern auch der wertschöpfenden Datennutzung verpflichtet fühlen. Erforderlich ist daher ein ermöglichender Datenschutz, der Innovationen nicht ausbremst und die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen sicherstellt. Nur auf diese Weise können innovative europäische Angebote, die ein hohes Niveau an Datenschutz für die Anwenderinnen und Anwender gewährleisten, langfristig am Markt bestehen.

- **Ökosystem für Digitale Identitäten aufbauen**

Digitale Identitäten sind ein zentraler Enabler der digitalen Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit der novellierten eIDAS 2.0-Verordnung ist im Mai 2024 ein neuer Rechtsrahmen für digitale Identitäten in Europa in Kraft getreten, der in den Mitgliedsstaaten der EU umgesetzt werden muss. Nun gilt es, ein innovatives und von einer breiten Akzeptanz getragenes Ökosystem für digitale Identitäten in Deutschland aufzubauen. Das Ökosystem sollte auf einem offenen Ansatz basieren, der auf einer Koexistenz von staatlichen und privatwirtschaftlichen Wallets basiert. Vorhandene Reichweiten und Infrastrukturen der Privatwirtschaft wie etwa E-Mail-Konten oder Login-Dienste (z.B. netID) sollten dabei berücksichtigt und integriert werden. Auf Basis einheitlicher Zertifizierungsanforderungen kann dadurch ein offenes Ökosystem für digitale Identitäten entstehen, das Innovationen befördert und von den Nutzerinnen und Nutzern akzeptiert und regelmäßig genutzt wird.

- **Rechtssicherheit und Wahlfreiheit beim Einwilligungsmanagement**

Mit dem Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz (TTDDG) wurde die Grundlage für Dienste zur Einwilligungsverwaltung geschaffen, die den Selbstdatenschutz der Nutzerinnen und Nutzer stärken sollen. Bei der Umsetzung muss einerseits sichergestellt werden, dass die vorgenommenen Einwilligungen von Browsern akzeptiert werden und Nutzer geräteübergreifend durch ein automatisiertes Verfahren Einwilligungen für bestimmte Verarbeitungszwecke verwalten können. Die Einwilligungsverwaltung muss zudem auf einem freiwilligen Ansatz basieren und Anbietern von digitalen Diensten Wahlfreiheit überlassen, ob entsprechende Dienste in ihre digitalen Angebote eingebunden werden sollen oder nicht. Dabei muss größtmögliche Rechtssicherheit sowie eine europäische Anschlussfähigkeit sichergestellt werden. Darüber hinaus benötigen Unternehmen Rechtssicherheit in Bezug auf die Zulässigkeit von Pay-or-consent-Modellen („Pay or Okay“), die für Anbieter redaktioneller Webangebote – oder anderer, kostenloser digitaler Dienstleistungen – essenziell sind.

- **Fragmentierung von Aufsichtsstrukturen vermeiden**

Infolge der Umsetzung europäischen Rechts in Deutschland (z.B. des AI Acts) dürfen die Aufsichtsstrukturen für Unternehmen der Digitalwirtschaft nicht noch weiter fragmentiert werden. Klare, überschneidungsfreie und an bestehenden Zuständigkeitsbereichen orientierte Aufsichtsstrukturen leisten einen wichtigen Beitrag, um unnötige bürokratische Mehrbelastungen zu vermeiden.

DIGITALE SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN

▪ **Förderung digitaler Schlüsseltechnologien**

Um Deutschland im internationalen Wettbewerb zukunftsfähig zu machen, ist es entscheidend, digitale Schlüsseltechnologien gezielt zu fördern. Dazu zählen insbesondere Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, 5G/6G-Netze und Cybersicherheitslösungen. Diese Technologien sind nicht nur Motoren für Innovation und Wirtschaftswachstum, sondern auch zentral für die Sicherung digitaler Souveränität. Die Förderung entsprechender Schlüsseltechnologien ist unerlässlich, um nicht in strategische Abhängigkeiten zu geraten und die digitale Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern. Staatliche Investitionen spielen dabei eine entscheidende Rolle, um die Forschung, Entwicklung und Umsetzung dieser Technologien zu beschleunigen und im internationalen Wettbewerb mit anderen führenden Innovationsräumen nicht abgehängt zu werden. Auch der flächendeckende Ausbau von 5G/6G-Netzen und Rechenzentren ist essenziell, um die Basis für eine erfolgreiche digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Entlang dieser Maßnahmen kann Deutschland langfristig seine Rolle als Innovationsstandort behaupten und den digitalen Wandel erfolgreich gestalten.

▪ **Investitionen in souveräne europäische KI-Lösungen**

Künstliche Intelligenz ist eine zentrale Zukunftstechnologie, die bereits jetzt in vielen Sektoren zum Einsatz kommt und perspektivisch in praktisch allen Lebensbereichen Anwendung finden wird. Die öffentliche Debatte über KI fokussiert häufig einseitig auf Risiken, die mit dem Einsatz von KI verbunden sein können. Die hohen Innovationspotenziale von KI, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Nachhaltigkeit, finden hingegen oft zu wenig Beachtung. Dabei stellt die Möglichkeit, die mit KI verbundenen Potenziale zu heben, eine wesentliche Voraussetzung dar, um als Innovationsstandort Europa im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Um das europäische KI-Ökosystem zu stärken, bedarf es zum einen umfassender öffentlicher Investitionen im Bereich KI, etwa in Form von staatlichen Abnahmegarantien für souveräne europäische KI-Lösungen oder Programmen zur Förderung von KI „Made in Europe“. Die Bundesregierung muss sich zudem aktiv dafür einsetzen, dass der durch den europäischen AI Act geschaffene Rechtsrahmen für den Einsatz von KI in Europa schnellstmöglich durch die Erarbeitung von Standards und Durchführungsrechtsakten konkretisiert wird, damit europäische Unternehmen die Vorgaben rechtssicher anwenden können.

▪ **Open Source fördern**

Um unabhängiger von außereuropäischen Anbietern zu werden und auf diese Weise die digitale Souveränität Europas zu stärken, ist die Entwicklung wettbewerbsfähiger digitaler Anwendungen und Technologien „Made in Europe“ von zentraler Bedeutung. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten offene Standards (Open Source). Diese befördern die Wahlfreiheit des Verbrauchers, weil sie Lock-in-Effekte reduzieren und die Interoperabilität von Diensten erhöhen. Außerdem fördern sie die Wettbewerbsfähigkeit und ermöglichen Partnerschaften, was Deutschland und Europa die Chance bietet, den technischen Rückstand gegenüber den USA und China aufzuholen.

ÜBER UNITED INTERNET

Die United Internet AG ist mit über 28 Mio. kostenpflichtigen Kundenverträgen und rund 39 Mio. werbefinanzierten Free-Accounts ein führender europäischer Internet-Spezialist. Kern von United Internet ist eine leistungsfähige „Internet-Fabrik“ mit 11.000 Mitarbeitenden. Neben einer hohen Vertriebskraft über etablierte Marken wie 1&1, GMX, WEB.DE, IONOS, STRATO und 1&1 Versatel steht United Internet für herausragende Operational Excellence.

ANSPRECHPARTNER

Manuela-Andrea Pohl, Head of Public Affairs
mpohl@united-internet.de | +49 30 200093 8820
Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin

■ Oliver Klein, Senior Public Affairs Manager
oklein@united-internet.de | +49 30 200093 8825
Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin

Benedikt Großmann, Senior Public Affairs Manager
bgrossmann@united-internet.de | +49 30 200093 8827
Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin

■ Katharina Linner, Senior Public Affairs Managerin
klinner@united-internet.de | +49 30 200093 8828
Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin

Florian Möhle, Public Affairs Manager
fmoehle@united-internet.de | +49 30 200093 8824
Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin

Lobbyregister R001932

EU-Transparenzregister: Nr. 31650149406-33